



Stimmvolk dürfte über den Kampfjet-Kauf abstimmen

Der Kauf neuer Kampfjets verzögert sich um weitere zwei Jahre. Deren Finanzierung will der Bundesrat nun doch über einen Fonds sicherstellen. Damit dürfte das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Von Simon Fischer

Bern. – Eigentlich hatte der Bundesrat Ende letzten Jahres beschlossen, 22 schwedische Gripen-Kampfflugzeuge im Rahmen des Rüstungsprogramms 2012 zu beschaffen. Doch das ist bereits wieder Schnee von gestern, wie Verteidigungsminister Ueli Maurer nach der gestrigen Bundesratssitzung vor den Medien in Bern erklärte. Denn die Landesregierung hat beschlossen, bei der Jet-Beschaffung eng mit dem schwedischen Staat zusammenzuarbeiten. Auch Schweden plant die Bestellung von 60 bis 80 Gripen des Herstellers Saab. Und wenn die Schweiz ihre Flugzeuge gleichzeitig bestelle, könnten bei der Herstellung Synergien genutzt und die Abwicklung des ganzen Programms vereinfacht werden, erklärte Maurer.

Diese neue Strategie des Bundesrats hat allerdings zur Folge, dass sich die Lieferung der Jets um rund zwei Jahre verzögern wird. Denn Schweden wird voraussichtlich erst im kommenden September definitiv über die

Beschaffung entscheiden. Der Bundesrat möchte diesen Entscheid abwarten, weshalb die Vorlage erst im Verlauf des kommenden Jahres im Parlament beraten werden kann.

Ein referendumsfähiger Fonds

Der Bundesrat hat ausserdem beschlossen, nun doch einen Fonds zu schaffen, um die Kampfjets zu finanzieren – entgegen dem Willen des Parlaments. Maurer betonte aber, die Beschlüsse von National- und Ständerat würden dadurch nicht missachtet. Denn das Parlament sei bei seinem Entscheid von einer sofortigen Beschaffung ausgegangen, weshalb es den Ausgabenplafond ab 2014 auf jährlich fünf Milliarden Franken angehoben hatte. Da sich die Auslieferung nun verzögere, seien die Rahmenbedingungen aber anders, sagte Maurer.

Aufgrund der neuen Ausgangslage soll der Plafond nun nicht wie geplant auf fünf Milliarden Franken angehoben werden, sondern nur noch von heute 4,4 auf 4,7 Milliarden Franken. Während zehn Jahren würden dann jeweils 300 Millionen Franken in den Fonds fliessen, um die gut drei Milliarden Franken teuren Flugzeuge zu finanzieren. Da die Schaffung dieses Fonds eine Gesetzesänderung nötig macht, wäre er auch referendumsfähig – womit das Stimmvolk letztlich Nein zum Fonds sagen könnte und da-

mit auch Nein zur gesamten Beschaffung. Maurer geht aber trotz des neuen Finanzierungsmodells davon aus, dass der Bundesrat an einem Sparprogramm festhalten wird. Ein entsprechender Entscheid wird in einer der nächsten Bundesratssitzungen gefällt. Die Beschaffung würde, sofern das Volk in einer allfälligen Abstimmung Ja sagt, voraussichtlich im Jahr 2014 definitiv ausgeliefert werden die Jets dann zwischen 2018 und 2020.

Kritik an «Verzögerungstaktik»

Sicherheitspolitiker nahmen die Ankündigung des Bundesrats gestern verhalten auf. «Es entspricht offenbar der Taktik des Bundesrats, das Ganze vor sich hinzuschieben», sagte etwa der St. Galler CVP-Nationalrat Jakob Büchler. Auch der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter kritisiert, die Beschaffung dauere viel zu lange. Künftig müsse die Beschaffung solcher Grosssysteme in drei bis fünf Jahren über die Bühne gehen.

Der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller wiederum betont, entweder entscheide man sich für den Fonds oder das Sparpaket. «Beides braucht es sicher nicht.» Die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann wiederum freut es, dass nun eine Abstimmung möglich wird. «Ein Referendum zu gewinnen, wird nicht einfach, aber machbar.»